

Kongress 7. – 9. 10. 2005 in Wien

Grundeinkommen - In Freiheit tätig sein

Workshop 17

Grundeinkommen und Geschlechterverhältnis

Gisela Notz

Grundeinkommen und Geschlechterverhältnis - Mit Grundeinkommen die Welt verändern?

1. Wir leben in einer Phase der Um- und Neugestaltung und des Abbaus von arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Strukturen und sozialen Sicherungssystemen. Das betrifft nicht nur Deutschland, sondern viele europäische Länder. Die sozialen Kürzungen treffen bei Frauen und Männern auf unterschiedliche Voraussetzungen. Frauen sind immer noch (oft) anders und härter betroffen, als Männer. Das Thema Grundeinkommen und Geschlechterverhältnis sollte eigentlich ein Querschnittsthema sein und in allen anderen Themen mitbehandelt werden. Da nicht davon ausgegangen werden kann, ist es wichtig, dass die VeranstalterInnen diesen workshop eingerichtet haben.

2. Die ausführliche Darstellung der von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut, der CDA, des BDkJ, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, Deutschen Gewerkschaftsbund, den verschiedenen Parteien und neuerdings des Netzwerk Grundeinkommen entwickelten unterschiedlichen Modelle würde den Rahmen dieses Vortrags sprengen. Die Forderung nach "Grundeinkommen" das unabhängig von der jeweils geleisteten Arbeit an alle Personen, die sich nicht aus eigener Arbeit oder Rente ernähren können, gezahlt werden soll, ist die seit einiger Zeit populärste Antwort auf die nicht mehr ausreichend vorhandenen existenzsichernd bezahlten Erwerbsmöglichkeiten.

3. Die Situation der immer zahlreicher werdenden armen und ausgegrenzten Menschen ließe sich ohne Zweifel verbessern, wenn sie anstelle des Arbeitslosengeldes (ALG) II oder des Sozialgeldes (früher Sozialhilfe) eine *existenzsichernde* Grundsicherung erhalten würden. Der Gang zur Arbeitsagentur, zum Sozialamt, die Bedürftigkeitsprüfungen, die Abhängigkeit vom Haupternährer, von der „Bedarfsgemeinschaft“, vom Mini- und 1-€job mit Arbeitszwang, um nur einige Schikanen zu nennen, sind in der Tat diskriminierend und menschenunwürdig.

4. Dass die Grundsicherung nach dem Modell des „Netzwerk Grundeinkommen“ bedingungslos sein soll, existenzsichernd, auf einem individuellem Rechtsanspruch beruhen, ohne Bedürftigkeitsnachweis und ohne diskriminierende Kontrollen an alle Kinder, Jugendliche und Erwachsene in gleicher Höhe gezahlt werden soll, entspricht dem Verständnis der Menschenwürde. Selbstverständlich ist das Formulieren solcher Vorstellungen nicht, denn auch einige Grundsicherungsmodelle sehen Bedürftigkeitsprüfungen vor, enthalten Einschränkungen für Menschen, die aus anderen Ländern kommen und für Jugendliche und Rentner; manche scheuen auch vor Arbeitszwang nicht zurück.

5. Dass keine Höhe der Anspruchsberechtigten formuliert wird, ist ein Manko. Die Höhe des Grundeinkommens ist wichtig, denn nur durch ein Grundeinkommen in Höhe einer Existenzsicherung (nicht zu verwechseln mit Existenzminimum) kann verhindert werden, dass GrundeinkommensempfängerInnen in prekäre und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse, in Niedriglohnbereiche und ins „Ehrenamt“ mit „Aufwandsentschädigung“ gedrückt werden. Emanzipatorische Freiräume zum Experimentieren mit alternativen Lebens- und

Arbeitsmöglichkeiten, mit selbstverwalteten und genossenschaftlichen Unternehmensstrukturen und sinnvoller, sozial und ökologisch verträglicher und auf friedliche Zwecke gerichtete Produktion können durch Grundsicherung nur dann geschaffen werden, wenn die Höhe der Leistungen existenzsichernd ist und wenn zusätzlich Informations-, Ermöglichungs- und Finanzierungsstrukturen geschaffen werden.

6. Aus feministischer Sicht ist kritisch zu hinterfragen, ob ein beabsichtigtes Grundeinkommen geeignet ist, die Diskriminierung von Frauen abzuschwächen und den Sozialabbau, der bekanntlich wesentlich zu Lasten der Frauen geht, zu stoppen. Freilich bekämen nach den meisten Modellen – anders als beim Arbeitslosengeld II - unabhängig vom Einkommen des Partners/der Partnerin/der Bezugsgruppe Grundeinkommen bezahlt, wenn sie selbst keine oder keine ausreichend bezahlte Erwerbsarbeit haben. Die Gefahr, dass ein Teil der Menschheit mit (niedriger) Grundsicherung versehen zu Langzeit- oder Permanenterwerbslosen oder zu Hausfrauen wird, darf dennoch nicht übersehen werden.

7. Die Gefahr, dass es vor allem Frauen sind, die am gleichberechtigten Zugang zu existenzsichernder sinnvoller Arbeit behindert werden, solange die Übernahme von Erziehungs- und Pflegezeiten nicht für beide Geschlechter „normal“ wird, bzw. die Möglichkeiten einer bruchlosen Gestaltung der Erwerbsbiographie bei gleichzeitiger Übernahme von Haus- und Sorgearbeit nicht gegeben ist, ist jedenfalls groß. Gerade (viele) Frauen wollen sich das Recht auf eigenständige Existenzsicherung aus eigener Arbeit nicht verwehren lassen. Sie verfügen heute über Ausbildungen und Qualifikationen, über die keine Generation vorher in dem Maße verfügte. Das Recht auf *sinnvolle existenzsichernde* Erwerbsarbeit ist *auch* ein Menschenrecht. Sozialistische *und* bürgerliche Frauen haben lange dafür gekämpft. Und der Kampf ist noch nicht abgeschlossen.

8. Durch Grundeinkommen bleiben die Ursachen für die sozialen Ungleichheiten in unserer Gesellschaft (zunächst) unangetastet. Es ändert auch nichts an der sozialen Ungleichheit, setzt sie lediglich auf ein (je nach Höhe des Grundeinkommens) höheres Niveau. Armut ist bekanntlich nicht alleine ein materielles Problem. Wer behauptet, die Armut sei „abgeschafft“, wie das bei Diskussionen von Verfechtern des Grundeinkommens immer wieder geschieht, übersieht, dass Grundeinkommen als isoliertes Modell die Arbeitsgesellschaft mit ihren kapitalistischen Marktmechanismen, Über- und Unterordnungen und geschlechts- und schichtspezifischen Arbeitsverteilungen und Lohnsystemen lässt, wie sie ist. Es setzt sogar eine gut funktionierende kapitalistische Wirtschaft voraus, wenn es durch „Sozialsteuer“ aus allen Einkommen, ohne Obergrenze, finanziert werden soll (Opielka).

9. Angesichts der zunehmenden Armut, vor allem auch der zunehmenden working poor, brauchen wir alternative Konzepte zur traditionellen Vollbeschäftigung. Vollbeschäftigung hatte in unserer Gesellschaft ohnehin immer einen geschlechtsspezifischen bias: Männer arbeiten voll in der Erwerbsarbeit – Frauen in der Familie oder sie sind „Zuverdienerinnen“. Das ist auch aus feministischer Sicht (und auch für viele Männer) nicht mehr erstrebenswert. Dass die Annahme vom „Ende der Arbeit“ falsch ist, beweisen die vielen „offenen Stellen“ in den unbezahlten Frauenarbeitsbereichen, die jetzt nicht mehr nur als „unbezahlbar“ gepriessen werden („Ehrenamt“ im sozialen, gesundheitlichen und Kulturbereich) sondern mit 1-€jobs gestopft werden sollen.

10. Grundeinkommensmodelle müssen mit der Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung, nach Mindestlohn, nach menschenwürdigen und nicht fremdbestimmten *freiwillig* geleisteten Tätigkeiten und sinnvollen Produkten verbunden

werden. Ohne eine Neubewertung, Neudefinition und Neuverteilung der Arbeit in allen Bereichen auf Frauen und Männer, individuell und kollektiv erscheint das Emanzipationskonzept verfehlt.